

Calmer Saarblass

Nr. 94 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 M., Familienanzeigen 100 M., Reklamen 400 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. — Fernspr. 9. Dienstag, den 24. April 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 M. monatlich. Postbezugspreis 3000 M. ohne Bestellgeb. Einzelnummer 120 M. Schluss der Anzeigenaufnahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Von deutscher Seite wurde halbamtlich auf die neueste Hehre Poincaré's geantwortet, daß seine Lügen dadurch, daß sie wiederholt würden, auch nicht zur Wahrheit umgestempelt werden könnten.

In Berlin werden Beratungen darüber gepflogen, ob und in welcher Form der Aufforderung des englischen Außenministers ein neues Angebot zu machen, Folge geleistet werden soll. Der Besuch des deutschen Botschafters in London im vorstigen Auswärtigen Amt dürfte wohl mit den vorgenannten Besprechungen zusammenhängen.

Wenn man jedoch sieht, wie die französische Propaganda die Volksleidenschaften in unverantwortlicher Weise gerade jetzt anlässlich der Sitzungen der Provinziallandtage aufweicht, um für die Gewaltpolitik Poincaré's die notwendige Unterstützung des „Volks“ zu erhalten, und wenn man an die französischen „Sicherungs“-Forderungen denkt, die man auch hinsichtlich der Wirkung eines neuen deutschen Reparationsplans nicht allzu optimistisch sein dürfen.

Was wir übrigens von dem Gerechtigkeitsinn der übrigen Mitgliedstaaten der Entente und der von dieser gegründeten Völkerbundsorganisation zu erwarten haben, das zeigen wieder einmal die Verhandlungen des Völkerbundsrats über das von Frankreich vorgeschlagene Saargebiet, das man ruhig seinem Schicksal weiter überläßt.

Eine Mahnung des Reichsbankpräsidenten an die Wirtschaftskreise.

Berlin, 23. April. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte Reichsbankpräsident Havenstein u. a. aus: Die Vorwürfe, daß die Reichsbank zuviel Kredit gegeben habe und gebe, beruhten nicht, daß die Reichsbank ihrer Zweckbestimmung nach darauf bedacht sein muß, der legitimen Produktion eine Stütze zu sein und gesunde Unternehmungen nicht durch übermäßige Kreditbeschränkung oder Kreditverweigerung zum Erliegen zu bringen. In dieser Erwägung und auch um den infolge der Stützungsaktion einsetzenden Preisabbau nicht zu stören, haben wir durch volle drei Monate von einer weiteren Diskonterhöhung abgesehen. Nunmehr halten wir aber den Zeitpunkt für gekommen, diese Zurückhaltung aufzugeben, indessen zugleich für geboten, die Erhöhung in einem hinausgeht. Präsident Havenstein fuhr dann fort: Die seit bald Ausmaß vorzunehmen, das stark über die bisherige Uebung drei Monaten geführte Stützungsaktion ist ein wesentlicher Teil des Aufrührkampfes und es ist notwendig, daß alle Kreise der deutschen Wirtschaft das auch voll erfassen und darnach handeln. Hier muß ich ein ernstes Wort sagen: Das große Mittel, das Reich und Reichsbank hierfür in Anwendung gebracht haben und dessen Zweck allen beteiligten Wirtschaftskreisen sehr ernst und klar zur Kenntnis gebracht worden war, die Auslegung der Goldschonkungen, hat den daran geknüpften Erwartungen nicht entsprochen. Das hat die Wirkung gehabt, daß unsere Gegner die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der deutschen Wirtschaft schwächer glauben einschätzen zu dürfen, als sie es sind, daß aber auch — und das war das Schlimmere — im eigenen Lande sich wieder Sonderinteressen zum Schaden des Ganzen in stärkerem Maße betätigten und die Ansprüche an den Devisenmarkt und an die Reichsbank von Woche zu Woche in einem Umfang steigerten, der weit über den normalen Bedarf unserer Wirtschaft hinausging. Mit diesem Bedauern und erster Sorge hat man wahrnehmen müssen, daß nicht nur die Tages-Spekulation ihren eigenen Ader pflügte, sondern daß auch ernste Kreise unserer Wirtschaft das Recht zu haben glaubten, sich nicht nur für den zwingenden Bedarf in naher Zukunft, sondern auch weiterhin auf Vorrat oder für Devisen, die sie abgehoben hatten, mit großen Beträgen einzudecken und selbst vor Konzernaufträgen nicht zurückzusehen. Das alles geht heute nicht an, denn das heißt, wenn auch nicht absichtlich, so doch tatsächlich der großen gemeinsamen Kampffront und der Aktion, die Reich und Reichsbank im Interesse unserer Politik und Wirtschaft führen, in den Rücken fallen. Präsident Havenstein erklärte weiter, es sei zu hoffen, daß das in der letzten Woche erfolgte Emporschnellen des Dollars und die in der Stützungsaktion von der Reichsbank vorgenommene Aenderung der Taktik als ein lauter erster Bedruck empfunden würden, der als solcher seine Wirkung tun werde. Aber, so fuhr Präsident Havenstein fort, wir halten es auch für geboten, auf dem Gebiet der inneren Reichsbankpolitik durch starke Erhöhung des Diskonts der schärfsten Mahnung,

die wir aussprechen, das stärkste Warnungssignal, das wir aussprechen können, unmittelbar folgen zu lassen. Die Diskonterhöhung ist also eine der Maßnahmen, die geboten sind, um die Stützungsaktion, die vielleicht noch lange notwendig ist, von den Hemmungen zu befreien, denen sie in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist. Zum Schluß ersuchte Präsident Havenstein die deutsche Bankwelt, am Devisenmarkt mit ihrer ganzen Kraft und ihrem ganzen Einfluß die Reichsbank zu unterstützen und insbesondere ihre Bevollmächtigten auf bestimmte anzuweisen, keinerlei Devisenaufträge an die Börse zu geben, die nicht dem wirklichen Bedarf der Wirtschaft und des Verkehrs entsprechen. Die Bankwelt möge ferner bestrebt sein, die Hemmungen und Verleuerungen, die die jegliche Diskonterhöhung auf dem einen oder anderen Gebiet mit sich bringen müsse, im Allgemeininteresse durch eine entgegenkommende Zins- und Gebührenpolitik zu mildern.

Die Vergewaltigung des Saargebiets durch den Völkerbundsrat.

Genf, 20. April. Die hier weilenden Mitglieder der saarländischen Abordnungen ermächtigen den Vertreter des VTB. zu folgender Erklärung: Die von Genf ausgehende Polemik in der französischen Presse gegen das Recht der freien Meinungsäußerung der saarländischen Bevölkerung beweist, wie ziemlich offen zum Ausdruck kommt, auf den Völkerbundsrat einen Druck auszuüben, um nicht nur eine direkte Lösung der zur Verhandlung stehenden Fragen, wie die Notverordnung, sondern auch die Verhandlungen selbst zu hintertreiben. Wir sehen in diesem Vorgehen den erneuten Beweis dafür, daß die Regierungskommission des Saargebiets größte Furcht vor einer sachgemäßen und ehrlichen Debatte über ihre Politik hegt und außerdem sich immer noch nicht daran gewöhnt hat, daß sie nicht die Beauftragte irgendeiner ausländischen Bevölkerung, sondern des Völkerbundes ist. Daß in dieser offensichtlich von Vertretern der Regierungskommission ausgehenden Pressekampagne auch mit persönlichen Verleumdungen gegen Mitglieder der saarländischen Abordnung gearbeitet wird, ist für uns weber neu noch überraschend. Es ist auch nicht schwer, der öffentlichen Meinung in Frankreich vorzuhalten, daß die als deutsche Agitatoren bezeichneten Persönlichkeiten in Wahrheit Mitglieder des vom Völkerbundsrat geschaffenen saarländischen Landesrats sind, die jetzt, mit einem regelrechten Mandat der Bevölkerung versehen, in Genf die Rechte ihrer Heimat zu vertreten haben. Im Uebrigen sind nach dem Fall Hector derartige Methoden nicht mehr als sehr ernst zu nehmen. Auch damals versuchte die Regierungskommission, die in Genf erschienenen Ankläger des Herrn Hector mit allen möglichen Mitteln zu verdächtigen und auszuschalten. Seitdem haben sich unsere Anklagen als richtig erwiesen. Hector mußte als Mitglied der Regierungskommission demissionieren und die Politik der Regierungskommission hat damit gleichzeitig ihre schwerste moralische Niederlage erlitten. Infolgedessen dürften die Ablehnungs- und Verdächtigungsmethoden in den Augen aller ehrlich Denkenden allmählich jeden Wert verloren haben. Die saarländische Bevölkerung wird sich aber daran zu erinnern haben, daß im gleichen Augenblick, in dem die saarländische Presse getnebelt und unterdrückt wird, in der französischen Presse eine wahre Hege gegen das saarländische Volk und seine Vertreter getrieben wird, die, wie das „Echo de Paris“ zeigt, soweit geht, sogar die im Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung zu bekämpfen und eine anexionistische Lösung der Saarfrage zu befürworten.

Genf, 23. April. Der Völkerbund beriet heute in mehrstündiger geheimer Sitzung über die zur Verhandlung stehenden Saarfragen, wobei der größte Teil der Beratungen der von der Regierungskommission des Saargebiets erlassenen Notverordnung galt, die auf Initiative der schwedischen Regierung nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Branting übte an der Verordnung scharfe Kritik, betonte deren Ausnahmeharakter und forderte von der Regierungskommission schleunige Beilegung der Bergarbeiterstreits und Aufhebung der Notverordnung. Der französische Präsident der Regierungskommission, Raoult, verteidigte in sehr heftigen Wendungen und stark gereiztem Ton die Notverordnung. Er entwarf ein düsteres, maßlos übertriebenes Bild der gefährlichen politischen Spannung im Saargebiet, wiederholte die aus der französischen Presse bekannte Behauptung der feindseligen Agitation der saarländischen Presse usw. und kam zu dem Schluß, daß angesichts der allgemeinen Lage die Notverordnung die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz des Bergwerbetriebs ermöglichte, was die Hauptaufgabe der Regierungskommission sei. Er lehnte jede Verantwortung für die nach seiner Ansicht fürchtbaren Gefahren ab, die eine Aufhebung der Verordnung nach sich ziehen müßte. Er

ging so weit, weitere Maßnahmen anzukündigen, wobei er von dem französischen Ratsmitglied, Hanoteaux, unterstützt wurde. Der englische Schatzpräsident Wood bezweifelte die Zweckmäßigkeit der Notverordnung und sprach die Hoffnung auf deren baldige Zurückziehung aus. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Notverordnung bleibt damit vorläufig bestehen. — Die zweite wichtige Saarfrage war die Ernennung eines saarländischen Mitglieds der Regierungskommission an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Hector, dessen Amt gegenwärtig durch einen von Hector selbst ernannten früheren Lottereeinnehmer provisorisch verwaltet wird. Die Vertretung der saarländischen Regierung forderte vom Rat, für den einzigen saarländischen Posten einen Vertrauensmann der Bevölkerung zu ernennen. Der Rat ging auf diesen Wunsch nicht ein. Er ernannte unbegreiflicherweise den von der Bevölkerung abgelehnten Herrn Land zum regelmäßigen Mitglied der Regierungskommission.

Das Reparationsproblem.

Eine halbamtliche deutsche Antwort auf die neueste Hehre Poincaré's.

Berlin, 23. April. Die neue Rede des französischen Ministerpräsidenten unterscheidet sich von seinen letzten Ausführungen so wenig, daß sie keinen Anlaß zu längeren Erörterungen gibt. Sie enthält dieselbe Häufung von Anklagen, Verleumdungen und tatsächlichen Unrichtigkeiten, mit denen er bei ähnlichen Gelegenheiten stets zu operieren pflegte. Große Teile seiner Rede sind darauf berechnet, die Zuhörer erneut in eine Kriegspychose zu versetzen und aus ihr heraus die Zustimmung zu einer Politik zu erzwingen, die Frankreich in immer tiefere Schwierigkeiten hineinführt. Poincaré's rechtliche Ausführungen über den Einmarsch ins Ruhrgebiet sind heute gerade so unhaltbar wie am ersten Tage der Aktion. Sie werden täglich aufs Neue durch Tatsachen und durch die Konsequenzen widerlegt, die Frankreich vom ersten Unrecht zu immer neuem Unrecht führen. Was der französische Ministerpräsident über das in Paris bereits gestellte deutsche Angebot sagte, ist durch die inzwischen veröffentlichten Dokumente bis ins Einzelne widerlegt. Poincaré bemüht sich vergebens, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß er es war, der die Mitteilung des deutschen Planes an die Pariser Konferenz der Ministerpräsidenten verhindert hat. Was seine Angaben über die deutsche Schutzpolizei betrifft, so beschränken wir uns fürs Erste auf die Feststellung, daß die angekündigte Mitteilung der Alliierten, die die Auflösung der militärischen Cadres der Schutzpolizei verlangen soll, bisher in Berlin nicht eingegangen ist.

Die Reichsregierung und die Rede des englischen Außenministers.

Berlin, 23. April. Laut „Berliner Tageblatt“ ist heute vormittag der amtliche englische Text der Rede Curzons in Berlin eingetroffen, dessen Kenntnisnahme Voraussetzung für die Aufnahme von Beratungen der Reichsregierung über die durch die Rede geschaffene Lage ist. Das Reichskabinett soll sich, wie das Blatt mitteilt, heute nachmittag mit der Rede des englischen Außenministers beschäftigen. Eine sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags soll zunächst nicht beabsichtigt sein; dagegen sollen in den nächsten Tagen Besprechungen zwischen Mitgliedern der Reichsregierung und hervorragenden Parlamentariern und Industriellen stattfinden. Die Frage, um die es sich bei all diesen Erörterungen handelt, ist die, ob es für Deutschland im gegenwärtigen Augenblick möglich und zweckmäßig ist, erneut ein formuliertes Angebot an die Alliierten auszuarbeiten, das als Grundlage für weitere Verhandlungen dienen soll.

Der deutsche Botschafter im Auswärtigen Amt in London.

London, 24. April. Der deutsche Botschafter Ethamer hat gestern Nachmittag im Foreign Office vorgesprochen.

Die Aufpeitschung des französischen Volkes zur Billigung der Gewaltpolitik Poincaré's.

Paris, 23. April. Heute beginnt die Saison der französischen Generalräte. André Tardieu macht im „Echo National“ darauf aufmerksam, daß jeder Präfeld eine spontane Kundgebung erlassen müsse, die diesmal die Befehung des Ruhrgebiets feiere. Es handele sich darum, Poincaré dafür zu danken, daß er am 2. Januar ds. Js. den Reparationsplan Bonar Laws für unannehmbar erklärte und

Veranlagung ein nütz...
Er muß nur...
und in weiser Selbst...
haft hinausgeht, bricht...
ten. Die Macht der...
Opferwilligkeit, das...
Liebe kehrt verviel...
die Selbstlosigkeit fin...
Gefühl, dem Näch...
so die Frau in dieser...
faltet sie eine Macht...
um. Sie wendet kei...
n. Der Frieden des...
gen, wird von vorn...
reichem Herzen und...
nimmt. Freilich wer...
gerade deswegen die...
erspart bleiben. Aber...
och endlich den Sieg...
mit unwiderstehlicher...
Wort am rechten Ort...
enden und freut sich...
erbarmt sich des Not...
Verständnis seines be...
ste den Frieden, den...
in ihrer Macht liegt...
sein, so hat sie doch...
alme hoch zu halten...
eispiel, das ganz da...
ur im eigenen Heim...
en. Solcherweise ist...
muß sich des in ihre...
Dela.

ern.

temalas erzählt Mag...
sch, der mit charak...
reich geschmückt ist...
rungen: „Das Mit...
Huhn mit Reis und...
öfete Platanos werd...
der Indianer seine...
Dann gibt es heißen...
ner Zuckerrohrmasse...
etes“ (Raketenschüsse...
n-bum — — — Bum...
ür. Eine Prozession...
eine „Fiesta“. Die...
k mit duftenden Kie...
Blättern und Bl...
spielt, und alt und...
er unanständigen Art...
anz an ihre Frauen...
angen Männer und...
mit losen Gelenken...
die Marimba ist das...
Es besteht aus fein...
Gestell nach Art des...
nd. Die drei braven...
ument mit Klöppeln...
ndern auch weitge...
malischen „Songs“,...
tischen Liede, das sie...
„Luca“ kennengelernt...
ählich bei den Fest...
die Freudenruhe, ein...
u-haaa, mehren sich...
n Polizisten bekom...
er schon längst unter...
in sein. Wir ziehen...
das gastliche Haus...
retterbett wartet, das...
nicht viel weicher ge...
en melodischen Töne...
sorgen für einen be...

Itmann, Calw.
brudercel, Calw.

Bant Calw
chränkter Haftpflicht.
om 22. April wurde

nteil
000.—
en,
nunmehr in beliebigen
inmal gestattet sind.
Zuni erfolgen, erhalten
Jahr 1923. Die für
e Dividende wird nicht
auf den erhöhten Ge...
schaftlich Schwache wird

Der Vorstand:

h suche auf 15. Mai
h, anständiges
Mädchen
liche und Haushalt.
Hermann Wagner.
Bahnhofstraße.

sich entschloß, zum Zwange seine Zuflucht zu nehmen. Aber, so fügt er hinzu, wenn die Generäle dadurch aus dem Rahmen ihrer Politik heraustreten, um den Grundsatz des Paktes zu billigen, würde es nur noch nötig sein, daß sie zu gleicher Zeit sich über seine Ausführung äußerten. — Die Generäle entsprechen etwa den deutschen Provinziallandtagen.

Paris, 24. April. Die Session der Generäle ist gestern nachmittag eröffnet worden. Im Generalkonferenzenrat des Maasdepartements in Bar-le-Duc hielt Poincaré als dessen Stellvertreter die Eröffnungsrede, in der er zunächst von seiner Ergebenheit für die Republik und dem geraden und offenen Weg, den er als Politiker gegangen sei, sprach. Bezüglich der auswärtigen Politik sagte Poincaré u. a.: Das gemeinsame Interesse der Alliierten bestehe darin, Deutschland endlich zum Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und zur Innehaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen und von ihm die völlige Wiederherstellung der französischen Schäden zu verlangen, was die unerlässliche Vorbedingung der raschen und vollkommenen finanziellen Wiedergesundung Frankreichs und Europas bedeute. Desgleichen müßten auch, sagte Poincaré weiter, Garantien gegen neue Einfälle erreicht werden, was eine wesentliche Voraussetzung eines allgemeinen Friedens und der Ruhe in der Welt darstelle. Was ihn, Poincaré, anlangt, so werde er sich weder durch außen- noch durch innenpolitische Schwierigkeiten von diesem Ziel abbringen lassen und bei der Erfüllung seiner politischen Aufgaben niemals der Entmutigung, der Schwäche oder dem Widerstreben zugänglich werden. Er werde bis ans Ziel gehen und nicht verfliegen, solange er der Zustimmung des Parlaments und der Unterstützung des Landes gewiß sei.

Loucheur über die Lage.

Paris, 21. April. Der ehemalige Wiederaufbauminister Loucheur hielt heute bei einem Frühstück des Verbandes der französischen Industriellen und Kaufleute eine Rede über die allgemeine Wirtschaftslage, in der er die Politik Englands, Deutschlands und Frankreichs einer vergleichenden Prüfung unterzog. England, so erklärte er, habe dadurch, daß es die Wiederaufrichtung seiner Finanzen vollzogen, um das Pfund Sterling auf Pari zu erheben, etwas Wunderbares durchgeführt. Es habe aber einen großen Fehler gemacht; denn England habe eine schwere Arbeitslosigkeit durchgemacht, und die Lebenshaltung habe sich stark verteuert. Im Jahre 1919 habe England es abgelehnt, sich an einer wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt gemeinsam mit Frankreich zu beteiligen. Deutschland seinerseits habe geglaubt, seine Zahlungsfähigkeit herabzumindern, indem es seine Währung entwertete. Durch diese Politik der ständigen Zahlungsverweigerung habe Deutschland sich ruiniert. Es werde gezwungen sein, in aller Kürze seinen Bankrott zu erklären, der vor allem seinen Mittelstand empfindlich treffen werde. Frankreich habe sich zwischen den beiden Extremen gehalten. Seit drei Jahren sei sein Notenumlauf in gleicher Höhe geblieben. Die Preisschwankungen seien nicht durch Währungsschwankungen, sondern durch andere wirtschaftliche Erscheinungen verursacht worden. Der entscheidende Punkt, was die Rückkehr zu einem normalen Zustand anlangt, liege im Wechselkurs. Die Wechselkursfrage sei abhängig von der in ausländischen Händen befindlichen schwebenden Schuld. Die Wechselkursfrage habe aber auch noch eine zweite Seite: die politische. So habe der Einmarsch in das Ruhrgebiet eine gewisse Haufe hervorgerufen, ohne daß die französische Wirtschaftslage sich geändert hätte. Aber es sei sicher, daß in einem sehr nahen Zeitpunkt, wenn die Situation mit dem französischen Siege liquidiert werde, der Wechselkurs wieder auf das gleiche Niveau zurückfallen werde wie vor der Besetzung des Ruhrgebiets. Die Zahlungsbilanz sei für Frankreich außerordentlich günstig, namentlich infolge des Besuches zahlreicher Ausländer und der industriellen und wirtschaftlichen Lage des Landes. Die Frage, ob der Franken wieder auf seinen Vorkriegswert sich erheben werde, will Loucheur nicht beantworten. Eine derartige Entwicklung würde sehr ernste Folgen haben, namentlich vom sozialen Standpunkt. Die Anstrengungen des Landes müßten auf die Rückkehr zur gesunden Währung gerichtet sein. Die Hauptqualität einer Wirtschaft sei ihre Stabilität. Loucheur hat nach dem Havasbericht dargelegt, daß Deutschland, wenn es durch seinen Bankrott seiner inneren Schulden ledig sei, sehr leicht 6—8 Milliarden Goldmark für die Zahlung seiner Schulden in sein Budget einstellen könne. Was Frankreich anbetreffe, so sichere das Gleichgewicht seiner Produktion seine Zukunft.

Die französische Gewaltpolitik.

Ein scharfer deutscher Protest gegen die rechtswidrige Aufhebung des Reichskommissariats im besetzten Gebiet.

Berlin, 22. April. Den Regierungen in Paris, London und Brüssel wurde folgende Note der Reichsregierung übergeben: Die Interalliierte Rheinlandskommission teilte dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürsten von Saxe-Wildenburg, am 17. April mit, daß die Beibehaltung des Reichskommissariats im besetzten Gebiet ihre eigene Autorität und die Durchführung ihrer Verordnungen beeinträchtigt und infolgedessen seine Mission als beendet betrachtet werden müsse. Infolge der von der Interalliierten Rheinlandskommission in den letzten Monaten im besetzten Rheinland getroffenen Maßnahmen herrscht dort ein System völliger Willkür. Der gegenwärtige Zustand ist das Gegenteil einer Rechtsordnung, die das Rheinlandabkommen für die friedliche Besetzung vorgesehen hatte. Tausende rheinische Männer sind mit ihren Familien aus der Heimat vertrieben, ja zum Teil von einer Stunde zur anderen obdachlos auf die Straße gesetzt worden. Nicht minder zahlreich sind die deutschen Bürger, die in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten müssen, nur weil sie nicht Verräter am eigenen Va-

terlande werden wollten. Die Eisenbahnen, Forsten und Zölle, sowie das Ein- und Ausfuhrwesen wurden den deutschen Verwaltungen entzogen. Anstelle der deutschen Beamten versuchen fremde, unerfahrene Angestellte vergeblich, den schwierigen und komplizierten Gang dieser Verwaltungen und Betriebe zu meistern. Die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit wird geknebelt. Den Reichs- und Landtagsabgeordneten wird durch Ausweisung ohne Berücksichtigung ihrer parlamentarischen Immunität die Möglichkeit des Vertretes mit ihren Wählern genommen. Die weitere Etappe in diesem System ist, wenn jetzt auch das Reichskommissariat beseitigt wird, daß der entrechteten Bevölkerung, die schon durch die Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit und durch Terrorismus sondergleichen Verdunst gemacht ist, jetzt auch noch die letzte Möglichkeit genommen werden soll, ihre Beschwerden über Uebergriffe und Gewalttaten der Besatzungstruppen von den Behörden zur Sprache bringen zu lassen. Daß diese Einrichtung des Reichskommissariats nicht in einem Artikel des Vertrages von Versailles oder im Rheinlandabkommen ausdrücklich vorgeschrieben war, ist unerheblich. Die Natur jeder vertragsmäßigen Besetzung fordert, daß ein beglaubigter Vertreter der Zentralregierung des besetzten Landes vorhanden ist, der sich der Interessen der Bevölkerung annimmt. Die oberste Besatzungsbehörde, die gewillt ist, die Grenzen, die der Okkupationsgewalt durch Vertrag und Recht gezogen sind, nicht nur selbst einzuhalten, sondern auch alle Uebergriffe und Gewalttaten der Truppen und nachgeordneten Stellen zu ahnden und nach Möglichkeit zu verhindern, hat selbst ein Interesse an einer solchen Einrichtung. Nur die Okkupationsgewalt, die unbekümmert um Recht und Vertrag die Bevölkerung unterdrückt, wird die Anwesenheit eines solchen Kommissars unbehaglich und störend empfinden. Die Interalliierte Rheinlandskommission handelte bei ihrem Vorgehen gegen den beglaubigten Vertreter der deutschen Regierung nicht einmal in formaler Beziehung korrekt. Das Abkommen zur Bestellung des Fürsten von Saxe als des Vertreters des Deutschen Reiches bei der Interalliierten Rheinlandskommission war der deutschen Regierung in einer Note der Botschafterkonferenz von den in dieser vertretenen Regierungen erklärt worden. Infolgedessen hätte nach internationalem Brauch der Beschluß auf Zurückziehung des Abkommens durch die gleichen Instanzen gefaßt und der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Die deutsche Regierung legt auch gegen diesen neuesten Gewaltakt der Interalliierten Rheinlandskommission Verwahrung ein.

Die Ausdehnung der Besetzung um Offenburg.

Ortenberg, 23. April. Im Bahnhof finden seit gestern Patrouillen statt. Die Wachmannschaft hat im Bahnhof Unterkunft bezogen. Die Eisenbahnzüge kamen heute wie sonst an. Auch im Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr ist keine Veränderung eingetreten.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Essen, 22. April. Die Franzosen haben um 11 Uhr vormittags auf dem Gebäude des Kohlenyndikats in Essen die französische Flagge gehißt.

Ortenberg, 24. April. Am Sonntag Nachmittag erfolgte wieder ein Eingriff der Franzosen in den Postbetrieb. In Ortenberg haben sie Leitungen nach Offenburg verlangt. Postinspektor Schwarz wurde zum zweiten Male verhaftet, ist aber wieder freigelassen worden. Der Fernsprecheverkehr, der während des Eingriffs ruhe, funktioniert wieder.

Offenburg, 23. April. Staatsanwalt Burger, der derzeitige Leiter der Staatsanwaltschaft, hat dem für Sonntag erhaltene Ausweisungsbefehl keine Folge geleistet und ist deshalb heute früh von den Franzosen verhaftet und mit dem Auto fortgeschafft worden. Er wurde zwischen Ortenberg und Ohlsbach ausgehakt.

Berlin, 23. April. Am 20. April wurden, wie den Blättern aus Wesel gemeldet wird, ein aus Holland kommender Milchzug und die angehängten 8 Wagen mit Margarine, sowie ein Wagen mit Vieh angehalten und noch nicht wieder freigelassen.

Das Raubsystem.

Paris, 22. April. Havas berichtet aus Essen, daß heute vormittag die Leerverwertungsstelle Weiderich von den französischen Truppen besetzt worden sei. Ferner hätten noch weitere Grubenbesetzungen stattgefunden.

Die Folgen der Militarisierung der Eisenbahnen.

Köln, 23. April. Am 20. April gegen 9 Uhr abends ist der D-Zug Essen-Paris auf einen vor dem Bahnhof Düren haltenden Kolszug, der keine Signale führte, aufgefahren. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen getötet worden sein. Der Bahnhof wurde sofort abgesperrt und die Unfallstelle in großem Umkreis abgesperrt. — Am 21. April stieß ein aus der Richtung Düren kommender D-Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Euslirchen auf einen Leerzug. Die Trümmer sind erheblich. Angehlich sind 4 Tote zu verzeichnen.

Das bisherige Ergebnis der französischen Kohlenausbeute im Ruhrgebiet.

Berlin, 21. April. Wie die Blätter melden, beträgt die Menge der Kohle, die seit Anfang Februar bis 15. April aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Belgien geschafft wurde, etwa 340 000 Tonnen.

Die Verneinung der Alkoholeinfuhr ins besetzte Gebiet.

Essen, 23. April. Der kommandierende General Degoutte veröffentlicht durch Maueranschlag eine Verordnung betreffend die Ordnung der Einfuhr von Alkohol im besetzten Ruhrgebiet. Darnach hängt die Einfuhr von Alkohol über die Westgrenze und auf dem Rhein von der Bewilligung einer Erlaubnis der Interalliierten Rheinlandskommission und der Zahlung eines Eingangs- und Ausgleichszolls ab. Die Einfuhr von Alkohol über die Ostgrenze des besetzten Gebiets ist prinzipiell verboten. Ausgenommen von dem Verbot ist denaturierter Alkohol für gewerbliche Zwecke.

Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Millionen Mark und bis zu 5 Jahren Gefängnis oder mit einer von beiden Strafen geahndet. Die Waren werden beschlagnahmt.

Die Angst der französischen Regierung vor dem Eindringen der Wahrheit ins Volk.

Die Pariser „Humanité“ veröffentlicht einen geheimen Dienstbefehl, den die französische Postdirektion an die Postämter in Frankreich verschickt hat. Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

No. 329.

Postdirektion.

Anhalten und bei der Direktion aufbewahren gedruckte Abhandlungen, die aus Deutschland kommen und polemische Artikel, namentlich die französische Uebersetzung von Reden des Reichskanzlers Cuno enthalten. Bis jetzt waren diese Abhandlungen in gelbem Umschlag, längliches Format, größer als Handelsformat. Die Adresse ist mit der Hand geschrieben.

Ganz besondere Ueberwachung vorschreiben in jeder Stadt, die eine Handelskammer hat.

An alle Dienststellen.

29. März 1923.

Daß die französische Regierung glaubt, mit Dekret und Unterdrückung von Druckchriften etwas erreichen zu können, ist nichts Neues. Elsaß-Lothringen steht längst unter dieser polizeilichen Zubereitung und Einschränkung seiner geistigen Nahrung. Der Presseterror im besetzten Rheinland wirkt nicht mehr bloß mit Verboten, sondern greift zur Ausweisung der Redakteure. Angesichts solcher Gewaltakte kann der erwähnte Dienstbefehl keinen besonderen Eindruck mehr machen. Aber überraschend ist er doch: Warum sollen die Städte mit Handelskammern hauptsächlich vor den Reden des deutschen Reichskanzlers bewahrt werden? Weil man befürchtet, daß die französischen Wirtschaftskreise schließlich doch zu der Einsicht kommen können, daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein schlechtes Geschäft war und bleiben wird.

Zum Beginn der Konferenz in Lausanne.

Lausanne, 23. April. Die türkische Delegation zur Friedenskonferenz ist am Samstag Abend mit dem Orientexpresszug hier eingetroffen. Die italienischen Delegierten trafen etwas früher ein, die japanischen bereits nachmittags 4 Uhr. Die französischen und die britischen Delegierten werden für heute Abend erwartet.

Lausanne, 23. April. Die hauptsächlichsten Delegationen sind hier eingetroffen und stellten sich gegenseitig Besuche ab. Auch die Sachverständigen besprachen die Grundlagen zu ihren bevorstehenden Arbeiten. Heute nachmittag findet eine offiziöse Zusammenkunft der interalliierten Delegierten zur Besprechung rein organisatorischer Fragen statt. Die Beratungen vollziehen sich zunächst im Schoße der Sachverständigen-Kommissionen. Zu erwähnen ist noch, daß alle Delegationen, auch die türkische, im Gegensatz zu der ersten Lausanner Konferenz, mit einem auserlesenen Stab von Delegierten und Sachverständigen nach Lausanne gekommen sind.

Die Haltung der Türken.

Lausanne, 23. April. Die Türken erklärten, von den besten Absichten befeuert zu sein, um rasch einen ehrenhaften und endgültigen Frieden abzuschließen. Die Türkei sei nicht der Ansicht, gegenüber den französischen Konzeptionsinhabern von 1914 Verpflichtungen zu besitzen. Zudem bestreite sie trotz des Chesterabkommens die Möglichkeit zur Uebertragung anderweitiger großer Arbeiten in der Türkei in unbefränktem Maße.

Die amerikanische Orientpolitik.

Paris, 22. April. (Wolff.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington erklärte das Staatsdepartement zum zweiten Mal, daß es seinerseits alles Erdenkliche tun werde, um trotz etwaiger Proteste von Seiten Frankreichs und Englands die Chester-Konzeption zu unterstützen, in dessen werde es den Konzeptionsisten keine Garantien geben. — Was eigentlich der Inhalt der sogenannten Chester-Konzeption ist, darüber weiß die Öffentlichkeit bisher nur sehr Unbestimmtes. Der Washingtoner „Times“-Korrespondent äußerte sich nach der „Frk. Ztg.“ darüber noch vor einigen Tagen, sie sei in „einen Nebel übertriebener Mitteilungen und haltloser Vermutungen gehüllt.“ Was der Korrespondent an Tatsächlichem, aber auch mit Vorbehalt mitteilte, ließ darauf hinaus, daß sie die Erbauung von 1200 Meilen (etwa 2000 Kilometer) Eisenbahnen in Mesopotamien in sich begreife und den Amerikanern das Recht gebe, praktisch die gesamte neue Türkei zu organisieren. Es ist begreiflich, daß man sowohl in London wie in Paris bei diesen noch dunklen Nachrichten die Ohren spitzt.

Ausland.

Der Völkerbunds-ausschuss für die Verklärung Oesterreichs.

Genf, 23. April. Der Völkerbunds-ausschuss für Oesterreichs Sanierung trat gestern wieder in Genf zusammen. Die Beratung galt der Ausführung der nunmehr in Angriff genommenen langfristigen Völkerbundsanleihe. Generalkommissar Zimmermann erstattete über die wirtschaftliche Lage Oesterreichs, die er im Allgemeinen optimistisch beurteilte. Bundeskanzler Seipel gab die feierliche Erklärung ab, daß er und die österreichische Regierung in engster Zusammenarbeit mit dem Generalkommissar die übernommenen Verpflichtungen durchführen werde. Der Ausschuss faßte hierauf seine Beratungen und Kundgebungen in seiner Anzahl von Entschuldigungsverurteilungen zusammen, die die Bestimmungen des Genfer Protokolls präzisieren, und u. a. weiter strenge Sparmaßnahmen der öster-

württ. Gesandte in München v. Moser am Bahnhof eingefunden. Im Verlauf des Nachmittags machte Ministerpräsident v. Knilling zusammen mit den württ. Ministern einen kleinen Ausflug nach der Solitude. Abends wohnte er einer Vorstellung im Landestheater bei. Am Sonntag erfolgte die Weiterreise. Der Besuch hatte als Anknüpfungspunkt lediglich den Zweck persönlicher Fühlungnahme.

Ein neuer Instrumentendiebstahl an der Landesuniversität.

(S. B.) Tübingen, 23. April. In der Nacht zum 21. April wurde aus dem hygienischen Institut der Universität mittels Einbruch ein Mikroskop samt Kästen und Zubehör, 13 Okulare, 13 Objektive, ein Meß- und ein Zeichenapparat, 4 Condensiersehbehältnisse, 3 Sähe Dezi- und Milligrammwichte, eine Schreibmaschine, Marke Ideal und zwei Laboratoriumsmäntel gestohlen. Die Universität ist durch einen fast gleichartigen, im November 1922 verübten Mikroskopdiebstahl schon schwer geschädigt worden und hat durch diese, auf das Konto reisender Spezialisten zu sehender ruhmlose Tat aufs Neue einen Millionenverlust erlitten. Vor Ankauf wird dringend gewarnt.

(S. B.) Pforzheim, 23. April. Der Wucherpolizei angezeigt wurde ein Messermeister, weil er in Sersheim ein Pferd für 2 800 000 M kaufte und es kurz darauf in Pforzheim für 8 Millionen Mark weiterverkaufte.

(S. B.) Stuttgart, 23. April. Im Juli v. Js. machte ein Gefangener von Beihingen im Lastkraftwagen eine Fahrt nach Beihingen a. N. Auf der Beihinger Steige geriet der Wagen in zu große Geschwindigkeit, fuhr gegen eine Mauer und fiel um. Drei Personen fanden den Tod.

mehrere wurden verletzt. Der Autolenker, der noch nicht vorbestraft ist, erhielt von der Strafkammer eine Geldstrafe von 100 000 Mark.

(S. B.) Stuttgart, 23. April. Bei einem Sportfest auf der deutschen Kolonie Wilhelma (in der Nähe von Jaffa) wurde eine Tellerfammlung zur Vinderung der in Deutschland herrschenden Not veranstaltet, deren Ertrag von annähernd 700 000 M von einem Stuttgarter, Privatier Müller in Haifa, um ein englisches Pfund (ca. 120 000 M) vermehrt worden ist. Die reiche Spende wird unter die Stuttgarter Mädchenmittelschulen für Zwecke der Schülerwohlfahrtspflege verteilt.

(S. B.) Untertürkheim, 23. April. Im Weinberg des Hermann Kiebele wurde eine Weinmorchel gefunden. Auch auf Fellbacher Markung ist dieses, nach einer alten Ueberlieferung ein gutes Weinjahr ansagende Schwammgebilde in mehreren Exemplaren gefunden worden. Hoffentlich bewahrheitet sich die Prophezeiung.

(S. B.) Vauffen, 23. April. Das Gaswerk ist mit sämtlichen Aktiven und Passiven endgültig auf die Stadtgemeinde Vauffen a. N. übergegangen.

(S. B.) Vom Oberland, 23. April. Nicht nur ehrliche, sondern auch zweifelhafte Hamster, suchen die Molkereien auf dem Lande auf. In Truß, Post Ellwangen, fanden über 130 Pfund Butter bis jetzt noch unbekannte Liebhaber. — In Ummendorf verschwand über Nacht ein Butterkübel mit etwa 90 Pfund Inhalt. — In Mittelbuch wurde in der neugegründeten Molkerei, die in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden sollte, die Trommel aus der Zentrifuge gestohlen, ein Maschinenteil, der wohl 2 Millionen Mark wert sein dürfte.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.
Der Dollar stand gestern auf 29 000 Mark, der Schweizer Franken auf 5192 Mark.

Erhöhung des Reichsbankzinsfußes.
Berlin, 23. April. Die Reichsbank erhöhte mit Wirkung ab heute den Wechseldiskont von 12 auf 18 Prozent und den Lombardzinsfuß von 13 auf 19 Prozent.

Landesproduktenbörse.
(S. B.) Stuttgart, 23. April. Entsprechend der Devisenbewegung verkehrte der Getreidemarkt an einigen Tagen der vorigen Woche in sehr fester Haltung. Ende der Woche griff aber infolge der Markbesserung wieder eine etwas ruhigere Stimmung Platz, doch sind die Preise für Getreide und Mehl ziemlich höher als an der letzten Börse. Die Umsätze waren nicht groß. Es notierten je 100 Kilo für gesunde, trockene Ware in Tausenden von Mark: Neuer Weizen 125—133 am 17. April: 100—112), Sommergerste 80—90 (75—80), Hafer 65—80 (55—68), Weizenmehl 210 bis 220 (180—185), Brotmehl 185—195 (155—160), Kleie 48—50 (40—42), Heu 38—40 (35—37), Stroh 37—39 (34—36).

Märkte.
(S. B.) Balingen, 23. April. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 254 Milchschweine. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft. Der Preis für 1 Milchschwein betrug 120 000—220 000 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Völklinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Magold.
Krämer-, Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
am Donnerstag, den 26. April 1923, findet statt,
wozu einladet
Den 23. April 1923.
Stadtschultheißenamt.

Bruchleidende
bedürfen keiner Operation, oder eines lästigen Federbandes, wenn Sie mein Bruchband „Ideal“ ohne Feder eigenes System, oder das Bruchband Kolumbus D. R. P. tragen, das Beste was existiert, rutscht und drückt nicht, Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- und Vorfalldbinden, Geradhalter usw. Langjährige Erfahrung. Reelle Bedienung. Für alle Bruchleidende persönlich zu sprechen in Calw, Freitag, 27. April von 8—11½ Uhr morgens, im Hotel Adler. Bandag. Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstraße 46.

Lieberzell, den 23. April 1923.

Unsere liebe Mutter
Fanny Klemm
geb. Heller, Dekans-Witwe
ist am 21. April in ihrem 82. Lebensjahr sanft entschlafen.
Wir haben sie heute hier zur letzten Ruhe bestattet.
In tiefer Trauer:
Fanny Sandberger, geb. Klemm,
mit Gatten
Stadtpfarrer Fritz Sandberger,
Lieberzell.

Trog
weiterer Selbentwertung einige
Drehstrom-Motore 3 PS.
22 330 Volt, 1400 Touren, Kupferwicklung, fabrikmäßig, 230 Volt: Himmel und S. S. W. zu 510 000 Mk. per St. 10,000 Lager Württbg. lieferbar. Ebenfalls äußerst billig
4 und 5 PS. Motore.
Größeres Lager in Sicherungen, Glühlampen, Ölströher und Kupferdrähten. Billigste Bezugsquelle für Installateure und Wiederverkäufer.
Vor Einkäufen bitte ich meine Preise einzufordern.
Josef Fronser, Pforzheim,
elektrotechnisches Büro, Bleichstraße 33.
Fernsprecher 2176. Telegrammadresse Fronser.

Spar- und Vorschußbank Calw
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
In der Generalversammlung vom 22. April wurde beschlossen den
Geschäftsanteil auf Mk. 10 000.— zu erhöhen,
mit der Maßgabe, daß Einzahlungen nunmehr in beliebigen Raten und auch Vollzahlungen auf einmal gestattet sind.
Einzahlungen, die vor dem 15. Juni erfolgen, erhalten die volle Dividende für das ganze Jahr 1923. Die für das Jahr 1922 gutgeschriebene 15% ige Dividende wird nicht ausbezahlt, sondern als Einzahlung auf den erhöhten Geschäftsanteil gutgeschrieben. Auf wirtschaftlich Schwache wird jede Rücksicht genommen.
Calw, den 23. April 1923.
Der Vorstand.

Paul Ränchle am Markt, Calw.
Webwaren
aller Art in nur guten Qualitäten zu günstigen Preisen.

Mädchen-Gesuch.
Suche sofort oder auch auf 1. oder 15. Mai ein jüngeres ehrliches Mädchen zur Beihilfe in der Wirtschaft und Haushalt mit etwas Landwirtschaft. Hoher Lohn und gute Behandlung. Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.
Suche für sofort, spätestens 1. Mai, eine
Röchin
und ein
Küchenmädchen
Erholungsheim der Ehlinger Ortskrankenkasse, Bad Leinach.

Sie kaufen Lebensmittel billig und gut bei
Fritz Freudenberger
Bahnhofstraße.
Dieser Tage trifft ein Waggon
la Wiesen-Heu
ein.
Oskar Schlanderer,
Calw Fernsprecher Nr. 112.
Guterhaltenes
Herrenfahrrad
hat im Auftrag preiswert zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle
sämtliche bezugscheinfreie und bewirtschaftete Sorten
Rohlen, Rots und Britetts
in Waggonladungen sowohl wie in kleineren Partien ab Bahnhof oder ab meinem Lager Calw.
Bestellungen sollen laut Verjüngung der Bezirkskohlenstelle bis spätestens 26. April erfolgen.
W. Dingler, Bahnhofstr. 397
Fernsprecher 69.

Sch suche auf 15. Mai älteres, anständiges
Mädchen
für Küche und Haushalt.
Frau Hermann Wagner, Bahnhofstraße.
Junge
Gänse
hat fortwährend zu verkaufen Karl Klemm, Hirsau, (Torhäusle).
TAPETEN
in groß. Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße.

Aufruf zur Aufnahme von Kindern aus dem Ruhr- und Rheingebiet.
Der Kampf um Rhein und Ruhr geht weiter. Rohe Gewalt und grausame Willkür quälen unsere Volksgenossen. Was unsere Brüder und Schwestern dort leiden, leiden sie mit für uns. Wir, denen solche Bedrängnis erspart ist, haben die Pflicht, den leidenden Familien nach Kräften ihr Los zu erleichtern. Geld allein tut's nicht. Hilfsbereite Tat tut not.
Es gilt, Tausende von Kindern aus den besetzten Gebieten im unbesetzten Deutschland unterzubringen. Die Eltern sollen der Sorge um das Wohl und Wehe ihrer Kinder enthoben sein, solange sie den schweren Kampf kämpfen müssen. Die Kinder sollen dem vergiftenden Einfluß entzogen werden, der von dem Lärm und Treiben der Eindringlinge ausgeht. Es darf nicht sein, daß ungezählte Kinder zeitlebens an Leib und Seele geschädigt sind durch das, was täglich dort geschieht. Mindestens 5 000 Kinder sollen in Württemberg zunächst untergebracht werden. Unserem Bezirk sind mehrere hundert Kinder zur Unterbringung zugewiesen. Wollen wir das Vertrauen zu Schanden machen, das man auf unsere Hilfsbereitschaft setzt? Nicht umsonst soll der Ruf an uns ergehen! Darum, ihr glücklicheren Volksgenossen, ihr, die ihr in freier Heimat ungestört eures Besitzes euch erfreut, ihr, die ihr ungehindert von Waffengewalt eurer Arbeit nachgeht, ihr, deren Kinder sorglos und arglos eine reinere und friedliche Luft atmen dürfen:
Auf zur Tat! Nehmt eins dieser Kinder auf und bereitet ihm eine zweite Heimat!
Zeigt, daß wir in der Stunde der Not ein Volk von Brüdern sind!
Bezirkswohltätigkeitsverein: Oberamtmann G ö s.
Die Herren Ortsvorsteher, Pfarrer, Lehrer usw. werden gebeten, für die Unterbringung der Kinder tatkräftig zu werben und Anmeldungen von Pflegefamilien an das Jugendamt weiterzuleiten, das auch selbst jederzeit Anmeldungen entgegennimmt.
Jugendamt: Stiefel.